

FERENC PÖLÖSKEI

HORTHY UND SEIN MACHTSYSTEM 1919 – 1922
PÖLÖSKEI FERENC: HORTHY ÉS HATALMI RENDSZERE 1919 – 1922
BUDAPEST, 1977. KOSSUTH – VERLAG. 222 S.

Die historische Anekdote erzählt, daß Roosevelt, als man ihn von der Kriegserklärung der ungarischen Regierung in Kenntnis setzte, nach der Staatsform Ungarns fragte. Monarchie – wurde geantwortet. Und wer ist König? – erkundigte sich der Präsident weiter. Einen König gibt es nicht, aber das Land hat einen Reichsverweser – lautete die Antwort. Wer ist der Reichsverweser? – wollte Roosevelt herausbekommen. Konteradmiral Miklós Horthy – erfuhr er. Also hat Ungarn auch ein Meer – zog der Präsident die logische Schlußfolgerung. Nein, ein Meer hat es nicht – war die Information, die Fakten, aber auch das Absurde der Situation wieder spiegelte.

Nach der Anekdote wird das Gespräch in ähnlicher Weise fortgeführt. Für uns reicht vielleicht schon so viel, denn es wird deutlich, daß das Ungarn zwischen den beiden Weltkriegen für die abstrakte Rationalität oftmals eine ganze Reihe von recht schwer zu erklärenden Situationen produzierte.

Die auch historisch interpretierbaren Antworten auf Roosevelts Fragen gibt gerade jene Zeit, die Ferenc Pölöskei untersucht. In der Periode vom Herbst 1919, dem Abtritt der Räteregierung, bis zum Frühjahr 1922, als die Wahlen zur Nationalversammlung die politische Stabilität des konterrevolutionären Systems auch verfassungsmäßig sichern, läuft jener Konsolidierungsprozeß ab, der schließlich für 25 Jahre die Grundlinien des politischen Systems bestimmt.

Bis zum Herbst 1919 – so wird es aus den Feststellungen des Autors deutlich – war formell nur eins entschieden: die Revolutionen waren niedergeschlagen. Welchen genauen Charakter die an die Macht gelangende Konterrevolution tragen würde, blieb auch weiterhin eine offene Frage. Die innenpolitische Situation wurde davon charakterisiert, daß die wechselnden Regierungen über keine reale Macht verfügten. Die Hauptführung, die gleichzeitig die bewaffnete Kraft der Konterrevolution darstellte und an deren Spitze Horthy stand, verfügte über die Kraft, die zur Konsolidierung unablässig war. Beide

Faktoren kämpften mit dem Problem der Legitimierung. Das war in dreifacher Beziehung sehr wichtig: Zum ersten, um dem Vorgehen gegen die linken Kräfte – neben dem permanenten Fortdauern des weißen Terrors – eine geordnete, „gesetzliche“ Basis zu geben, die für eine lange Zeit die Rechtsgrundlage für die Repressionsmaßnahmen sicherten. Zum zweiten, um – parallel zum Vorangehenden und damit im Zusammenhang – die das konterrevolutionäre Lager bildenden und in vieler Beziehung divergierenden Kräfte zu organisieren. Zum dritten – wieder untrennbar vom Vorhergehenden –, um ein sowohl für die innenpolitischen Notwendigkeiten als auch für die im Krieg siegreiche Entente annehmbares System zu erarbeiten. Das ganze Problem gewinnt einen langzeitigen außenpolitischen Anstrich, wenn man bedenkt, daß das konterrevolutionäre System den alle Folgen des verlorenen Krieges widerspiegelnden Friedensvertrag unterzeichnen wird. Damit entsteht eine Situation, die von ihrem Ursprung an widersprüchlich ist: scheinbar den Frieden akzeptieren, aber mit der Herausbildung eines solchen innenpolitischen Systems, dessen wesentliches Behauptungselement die Revision des Friedens ist.

Das Problem der Legitimierung gipfelte in der Frage der Rechtskontinuität. Daß die Staatsform auch weiterhin eine Monarchie bleiben sollte – damit das historische Recht der Ungarischen Monarchie auf die abzusplittenden, später abgespaltenen Gebiete andeutend – dazu gab es keine Diskussion, waren doch alle konterrevolutionären Kräfte in der Frage der Revision einer Meinung. Das Problem der Kontinuität wurde jedoch sofort aufgeworfen, als es um die Übernahme des bisherigen monarchistischen Rechtssystems ging. Dessen restlose Gültigkeit hätte nämlich solchen – aus dem Dualismus stammenden – liberalen Rechten Raum gegeben, die die Neuorganisation der Linken erleichtert hätten. Hier diktierte also das politische Ziel die Übernahme der Diskontinuität, die nicht nur im System der sofortigen Gerichtsbarkeit und der Internierung

Gestalt annahm, sondern auch in der Neuordnung des Presse-, Vereinigungs- und Versammlungsrechtes. Es begann der Austausch der liberalen Verfassungsmäßigkeit durch die autoritäre Verfassungsmäßigkeit. Daran glich sich auch das vorher auf den Druck der Entente hin wesentlich erweiterte, später, 1922, erneut grundlegend verengte Wahlrecht an.

Ebenfalls Spiegel für die Wirren der Legitimierung ist die Frage der Person des zur Monarchie gehörenden Königs. Die völlige Kontinuität hätte den letzten Habsburger Herrscher, Karl IV., auf den Thron diktiert. Das war natürlich für die Entente, aber auch für den Großteil der siegreichen Konterrevolution unakzeptabel. Das Scheitern von zwei Rückkehrversuchen Karl IV. verschärfte die Widersprüche der inneren Basis der Konterrevolution nur noch mehr.

Die Frage war hier wiederum nicht, die sowieso reale Macht der Hauptführung gesetzlich zu machen, hatte doch jeder Interessierte die Festigung der politischen Macht nötig, was die Wahl Horthys zum Reichsverweser nur vorantrieb. (Die Frage seines Rechtskreises war Quelle für weitere Konflikte.) Das Problem war, aus der Koalition welcher Kräfte das neue System hervorgehen sollte: einfach Restauration, oder nach wie vor Konterrevolution? (Beim Letzteren mit gleichwertiger Betonung auf „Konter“ und auf „Revolution.“) Während die Restauration die Hegemonie der Kreise des Großgrundbesitzes und Großkapitals mit der Übernahme des legitimierten Habsburger Herrschers bedeutete, gab die konterrevolutionäre Lösung auch jenen Kräften Raum, die bisher keinen besonderen Anteil an der politischen Macht hatten: die die Massenbasis ausmachenden Mittelschichten. Diese waren schon längst nicht vom Habsburger Herrscher begeistert, der zu sehr auf die Restauration hindeutete. Die politisch über eine ernsthafte Mobilisierungskraft verfügenden christlichen und nationalen Losungen stellen ebenfalls die Person des katholischen – und somit die Protestanten irritierenden – und Habsburger, d. h. den Unabhängigkeitstraditionen entgegenstehenden, Königs in Frage. Die Mittelschichten beziehen zwar gegen die bürgerlich-demokratische und proletarische Revolution Stellung – und geraten so mit der Gruppe des Großgrundbesitzes und des Großkapitals in ein Lager –,

wollen aber ihre „christliche und nationale Revolution“ verwirklichen, was die lukkenlose Geltendmachung der traditionellen Politik der traditionellen herrschenden Klassen ausschließt. Ihre Einbeziehung in die Macht geht mit der Weitung der gesellschaftlichen Basis einher, was auch der Verwirklichung der Interessen des Großgrundbesitzes und Großkapitals Raum gibt.

Mit den Namen Pál Teleki und in erster Linie István Bethlen verbindet sich jene großangelegte und konzeptiose Manöverreihe, die die teilweise Restauration mit der Konterrevolution in Einklang zu bringen wünscht. Ergebnis ist die Schaffung der Einheitlichen Partei. Sie kann ein solches – verhältnismäßig breit basiertes – politisches Bündnis herausbilden, das gleichzeitig für lange Zeit die in den Machtinstrumenten grundlegend unterstützte Funktionierung der aus der Hauptführung herauswachsenden Regierungsmacht, die Positionserhaltung der traditionellen herrschenden Klassen und die Geltendmachung der konterrevolutionären Energien der Mittelschicht möglich macht. Die Funktionierung der Sozialdemokratischen Partei wird – wenn auch in begrenzter Form – ebenfalls gesichert. Die unterschiedlichen politischen Kräfte werden von verschiedenen Seiten an das System gebunden. Die entstehende Lösung birgt aber auch die Möglichkeit in sich, daß das System in Falle eventueller innerer Störungen sich ohne die Gefährdung der Selbsterhaltung nur in Richtung des rechten Radikalismus öffnen kann.

Ferenc Pölöskei beleuchtet anhand vielseitiger Quellenaufarbeitung die Probleme dieser Zeit mit detaillierter Genauigkeit. Bethlens Rolle bei der Schaffung der Einheitlichen Partei wird, verglichen mit den bisherigen Ergebnissen der Geschichtswissenschaft, wesentlich genauer und durch manchen neuen Aspekt dargestellt. Obiges bietet notwendigerweise nur ein Schattenbild der polarisiert skizzierten Prozesse.

Zur Einführung in die allgemeineren Aussage des Buches schadet es vielleicht nicht, wenn wir die am Anfang der Rezension begonnene Anekdote fortsetzen, deren Zeitpunkt bereits in den zweiten Weltkrieg fällt. Auf Roosevelts Interesse, warum Ungarn überhaupt in den Weltkrieg eintritt, antwortet man ihm: weil es Gebietsansprüche hat. Wem gegenüber? – fragt der Präsident. In erster Linie zu Lasten

Rumäniens – lautet die Aufklärung. Dann ist wohl Rumänien sein Gegner – so die Schlußfolgerung. Nein, Rumänien ist der Verbündete – erklingt die überraschende Information. Gegen wen hat denn Ungarn dann keine Gebietsansprüche? – fragt der Präsident. Gegenüber der Sowjetunion – teilt man ihm mit. Sie ist also ihr Verbündeter? – fragt, nun endgültig durcheinandergebracht, Roosevelt. Nein, sie ist der Gegner – lautet die Antwort.

Die Anekdote ist komisch und absurd. Die realen Folgen aber waren sehr tragisch. Darum kann die historische Verantwortung weder Horthy noch seinem Machtsystem abgenommen werden. Die Schwierigkeiten und Erfolge beim Ausbau des Systems mußten ein Vierteljahr später mit einer nationalen Tragödie bezahlt werden.

ANDRÁS GERŐ

LÓRÁNT TILKOVSKY

**DAS WAR DER VOLKSBU
TILKOVSKY LÓRÁNT: EZ VOLT A VOLKSBU
BUDAPEST, 1978. KOSSUTH – VERLAG. 420 S.**

Die Erforschung der Nationalitätenfrage und -politik, die unsere Geschichte so oft stark beeinflussten, spielt in der hiesigen Geschichtsschreibung schon seit langem eine bedeutende Rolle. In diesem Zusammenhang nimmt die in Ungarn lebende deutsche Minderheit sowie die auf sie bezogene Nationalitätenpolitik während des zweiten Weltkrieges und in den Jahren davor einen besonderen Platz ein. Lóránt Tilkovszky, in dessen geschichtswissenschaftlicher Arbeit die Erforschung der Nationalitätenfrage auch bisher im Vordergrund stand, bereicherte mit seinem Werk „Das war der Volksbund“ unsere marxistische Geschichtsschreibung mit neuen Ergebnissen. Das Buch stützt sich, über die hiesigen Archivquellen hinaus, in großem Maße auf das Schriftmaterial der zeitgenössischen deutschen Institutionen, pariert in sachlichem Ton einerseits der den Volksbund rechtfertigenden „Geschichtsschreibung“, andererseits trägt es mit der Erschließung neuer Fakten zur Beurteilung und zum Verständnis der Rolle Ungarns im zweiten Weltkrieg bei.

Der Volksbund der Deutschen in Ungarn entstand am 26. November 1938 – kurz nach der Wiener Entscheidung – unter hitleristischem Gehabe. Die zahlenmäßige Stärke der deutschen Minderheit in Ungarn erreichte damals schon eine halbe Million. Mit der Bildung des Volksbundes gewann jene Gruppe der deutschen Minderheit, die, „erzogen“ von den Produkten der deutschen nationalsozialistischen Literatur,

immer mehr zum Instrument Nazideutschlands wurde, ihre völlige Legalität. Auf Grund der verwendeten Quellen werden uns innerhalb der Beziehungen des Volksbundes zu Deutschland die zum Auswärtigen Amt bzw. zur Volksdeutschen Mittelstelle führenden Verbindungen erschlossen und wird u. a. die in der Geschichtsschreibung bisher unbekannte Tätigkeit des Steyer-Büros beleuchtet. Zum ersten Mal werden hier der organisatorische Aufbau, der Funktionsmechanismus, die Geldquellen und die dem deutschen Reich und dem Krieg dienenden Produktionsergebnisse der Ungarndeutschen erforscht.

Im Geiste der „deutschen Volksgruppenpolitik“ Nazideutschlands waren die „Volksdeutschen“ (außerhalb der Reichsgrenzen lebende Deutsche – L. I.) keine nationalen Minderheiten mehr, sondern organischer Teil des rassenmäßig einheitlichen deutschen Volkes, für deren Schicksal das ganze deutsche Volk verantwortlich und das Reich daher verpflichtet war, ihnen Schutz zu sichern. Es ist offensichtlich, daß die ideologische Basis der deutschen Volksgruppenpolitik den Bestrebungen des deutschen Reiches zu dienen berufen war. Diese Bestrebungen riefen dann in mancher Beziehung notwendigerweise den Widerstand der ungarischen herrschenden Klassen heraus.

Zu den Vorzügen des Buches gehört, daß der Autor nicht nur die Geschichte des Volksbundes aufzeigt, sondern im Zusammenhang damit die ungarisch-deutschen